

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Berlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4598

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellzeile oder deren Raum 1.00 M., bei Wagnerschrift 2.30 M., Familiennachrichten die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellzeile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger Zweigabstände und alle Postanstalten entgegen.

Drohender Generalstreik in Köslin. Gegen einen Kapp-Bürgermeister.

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Steintin wird gemeldet: In Köslin ist ein Konflikt zwischen Bürger und Arbeitern ausgebrochen. Der Grund dazu ist der Wiedereintritt des Bürgermeisters Most in sein Amt, der seinerzeit nach dem Kapp-Putsch auf seinen eigenen Antrag vom Dienst beurlaubt wurde. Das Disziplinarverfahren endete mit der Freisprechung des Bürgermeisters. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft droht nunmehr mit dem Generalstreik, doch hat die gestern abgehaltene Versammlung der Betriebsräte vorläufig beschlossen, erst an den Regierungspräsidenten eine Reihe von Forderungen zu stellen. Die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder sind heute zum Protest gegen den Wiedereintritt des Bürgermeisters in passive Resistenz eingetreten und erklären, mit dem Bürgermeister nicht zusammenarbeiten zu wollen. Die Urabstimmung zu dem Generalstreik der Arbeiterschaft von Köslin findet am Sonntag statt. Für diesen Fall drohen die Bürger mit einem Bürgerstreik.

Sturmjungen und Mißtrauensvoten im mecklenburgischen Landtag.

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im mecklenburgischen Landtag kam es auch gestern zu für einen den Austritten, die zunächst darauf zurückzuführen waren, daß angeblich auch diesmal wieder bewaffnete Ordnungspolizei das Haus besetzt haben sollte. Es stellte sich jedoch heraus, nachdem eine Beratung des Verfassungskomitees anberaumt worden war, daß dies nicht der Fall war. Bei der Beratung einer sozialdemokratischen Interpellation, die gegen das freisprechende Urteil im Prozeß gegen die Zeitfreiwilligen Thormann und Genossen wegen Beihilfe an der Erschließung eines Arbeiters (während der Kappzucht) protestierte, kam es häufig zu anhaltenden Tumulten. Zum Schluss der Beratung wurde durch die Mehrheit, Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten, ein Mißtrauensvotum gegen den Finanzminister Schmidt beschlossen. Das Gesamtministerium nahm zu dem Ausgang der Abstimmung bisher noch nicht Stellung. Wie wie weiter hören, ist zu dem heute vormittag zur Beratung stehenden Bericht über die Unterjochung des Auschulies in Sachen Ernsch ein Mißtrauensvotum gegen die gesamte Regierung zu erwarten.

Das bayrische Regierungsblatt regt zu illegaler Bewaffnung an.

München, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die bayrische Staatszeitung nimmt heute in einem offensichtlich offiziösen Artikel zur Einwohnerwehr Stellung und zeigt darin den militärischen und monarchistischen Charakter dieser Verbände. Für den Fall, daß die Entente auf die Entwaffnung besteht, wird die illegale Bewaffnung angeklagt. Es heißt in dem Artikel wörtlich: „Die Furchtsamen werden ihre Waffen vielleicht abliefern, die andern werden sie behalten, und mit dem Zwange, sie zu verbergen, wird der Haß gegen diejenigen kommen und wachsen, die die Einwohnerwehren in den Staub getreten haben.“

Die Ehrhardt-Söldner in Maskerade.

München, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Seit einigen Wochen ist eine Abteilung der Ehrhardt-Brigade mit Offizieren auf dem Marktwaal im Kreise Schwaben eingetroffen und wird dort angeblich, wie in Oberbayern, als Holzarbeiter zum Startholzsprennen verwendet.

Die Entwaffnungsfrage.

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Brüssel wird vom 11. Januar gemeldet: Die Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen über die Entwaffnung Deutschlands machen keinen schnellen Fortschritt. Wie schwierig sie sind, beweist die dauernde Anwesenheit Bernons in London. Ein Hindernis besteht augenscheinlich darüber, daß die Freiwilligenformationen in Bayern unter allen Umständen aufzulösen sind. Dagegen bildet die Auflösung der ostpreussischen Wehren noch immer Gegenstand lebhaften Meinungsunterschiedes zwischen England und Frankreich. England zieht das deutsche Argument, daß die Gefahr eines russischen Angriffes besteht, in Betracht. Frankreich läßt es nicht gelten. Es besteht die Möglichkeit, daß ein grundsätzlicher Austausch darüber auf der Konferenz der Premierminister stattfinden muß.

Böhner gegen republikanische Feiern.

München, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Polizeipräsident Böhner hat ohne Begründung die Reichsgründungsfeier des republikanischen Schutzbundes verboten, die am Sonntag auf dem Königsplass stattfinden sollte und zu der die Staatsregierung eingeladen war. Die Feier des reaktionären Bürgerblocks, die im monarchistischen Geiste des Barbarossa-Gedankens vor sich gehen soll, wurde natürlich genehmigt. Die Feier des republikanischen Schutzbundes war auf dem gleichen Königsplass geplant, auf dem im vorigen Jahre die Einwohnerwehren beim Landeschießen ihre Gewehre zum Treuschwur erhoben. Bewaffnete monarchistische Demonstrationen sind Herrn Böhner eben angenehmer als republikanische Feiern. Die bayrische Reaktion genießt sich nicht, warum auch?!

Der berufene Führer der internationalen Reaktion.

Ein Angebot Ludendorffs an die Entente.
Der Berliner Korrespondent des Pariser Matin behauptet, daß der englischen und der französischen Regierung ein lauges Memorandum Ludendorffs über die bolschewistische Gefahr zugegangen sei. Ludendorff führe aus, daß der Bolschewismus nur durch eine militärische Aktion vernichtet werden könne, die Europa früher oder später unternehmen müsse, wobei die Mitwirkung Deutschlands notwendig sein werde. Nachdem der Reaktionsgeneral den Kapp-Putsch nicht zum Erfolg führen konnte, möchte er nun die Reaktion international sammeln zum Feldzug gegen die Sowjetrepublik. Er schreift vor einer Umbiederung an die Entente nicht zurück. „Deutschnationale Würde“!

Amerika zieht sich von der Entente zurück.

Paris, 11. Januar. Wie der Matin meldet, hat der amerikanische Botschafter Wallace gestern Abend dem Ministerpräsidenten Legeray mitgeteilt, daß er von nun an nicht mehr an den Sitzungen des Botschafterrats teilnehmen werde; er hat auch erklärt, daß die amerikanische Regierung bei der Sitzung des Obersten Rates am 19. Januar sich nicht vertreten lassen werde. Nach einer Radio-Meldung aus Washington werden die Vereinigten Staaten jedoch fortfahren, sich im Reparationsausfluß und in der Rheinland-Konferenz vertreten zu lassen.

Verhandlungen wegen der Amnestierung der ungarischen Volkskommissare.

Ein Telegramm der Roten Fahne aus Moskau meldet: Die Verhandlungen der ungarischen Regierung mit den Vertretern Sowjetrußlands wegen der Amnestierung der verurteilten Volkskommissare beginnen in der nächsten Woche in Renal. Die ungarländische kommunistische Partei stellte an die Räterregierung das Ersuchen, auch die Frage der übrigen politisch Verurteilten und der Internierten aufzuwerfen.

Die Erfurter Waffenschiebungen.

Wie aus Erfurt gemeldet wird, zieht die Erfurter Waffenschiebungsangelegenheit weitere Kreise. Es sind mehrere weitere Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich der Lagerhalter Wenzel von der hiesigen Treuhändergesellschaft. Es ist festgestellt, daß die Waffenteile aus Beständen der Reichstreuhandgesellschaft stammen.

Die argentinischen Sozialisten gegen Moskau.

Buenos Aires, 12. Januar. (L. V.) Der Kongress der argentinischen Sozialistenpartei hat mit 5015 gegen 3658 Stimmen den Ausschluss an die dritte Internationale abgelehnt.

Erfolge der ausländischen ukrainischen Bauern.

Paris, 11. Januar. Aus Helsingfors meldet die Agentur Rus-Union neue Erfolge der ausländischen Bauern westlich und nordwestlich von Kiew. Nach Vernichtung der roten Garnison von Makarow seien die Aufständischen nach Norden abgezogen, hätten die Bahnlinie Kiew-Vorobianska abgebrochen und seien auf Kostomi, nordwestlich Kiew, marschiert. Zahlreiche Bauern hätten sich auf diesem Wege mit den Aufständischen vereinigt, die im Besitz der Artillerie und der Maschinengewehre seien, die von den deutschen Truppen seinerzeit zurückgelassen und seit 1918 von den Bauern versteckt worden seien. Die Zahl der Aufständischen werde auf 28 000 geschätzt.

Er mordung kommunistischer Führer in der Ukraine.

Helsingfors, 11. Januar. (DE.) Die Petersburger Presse veröffentlicht den Text eines Erlasses des Vorsitzenden des Rates der ukrainischen Volkskommissare, Kalowski, der aufs neue schärfste Strafmaßnahmen gegen die ukrainischen Aufständischen und Zwangsmassnahmen gegen die Bevölkerung anordnet. Als Anlaß dazu wird erwähnt, daß kürzlich in der Ukraine ein Ueberfall zweier Machno-Abteilungen auf den Stab der Petersburger Roten Offiziers-Kurse stattgefunden habe. In der Nacht seien die Führer, 15 hervorragende Kommunisten, ermordet worden.

Die englisch-irischen Verhandlungen gescheitert?

Paris, 10. Januar. Wie die Pariser Ausgabe der Daily Mail meldet, sind die Friedensverhandlungen zwischen der Sinnfeiner-Partei und den Vertretern des britischen Kabinetts infolge der Haltung der irischen Unterhändler, die das Homerule-Gesetz nicht anerkennen wollen, gescheitert. Die Vertreter des britischen Kabinetts sind der Ansicht, daß jede weitere Unterhandlung die Anerkennung des Homerule-Gesetzes durch die Sinnfeiner zur Voraussetzung haben müsse. — Wie der Daily Telegraph mitteilt, ist das Mitglied des Parlaments, der Sinnfeiner Joseph D'Oberty, in Londonberry verhaftet worden.

Einige Bemerkungen über die Lage in Spanien.

Von Fabra Ribas.
Nachdruck verboten.
Obwohl Spanien infolge des Bestehens einer Verfassung als streng konstitutionell gilt ist es dies in Wirklichkeit nicht. Mit Ausnahme eines seltenen Falles gab es in diesem Lande niemals konstitutionelle Regierungen. Die Regierungen dieser Nation verdanken ihr Dasein dem Willen des Königs, den Hofmarrillas oder den Führern und Offizieren des Heeres.
Und das ist noch heute so obwohl wir uns im 20. Jahrhundert befinden, und nachdem in Europa viele Kronen beseitigt wurden und sozialistische Regierungen bestehen.
Wenn es sich in allen Ländern eine Einbildung ist, daß die Parlamente den Willen der Bewohner des Landes getreu ausdrücken, so gilt dies für Spanien in weit höherem Grade. Hier ist das Parlament immer so, wie es die einberufende Regierung wünscht, denn diese sorgt nicht nur mit Mitteln aller Art dafür, sich eine Mehrheit zu sichern, sondern erstreckt ihren Einfluß auch darauf, daß die Oppositionsgruppen nur die ihr genehme Zahl von Vertretern im Parlament erhalten. Hierüber sind die republikanischen Parteien wie die sozialistische Partei gleich empört.
Es ist natürlich, daß in Spanien ein auf diese Weise gebildetes Parlament nur in kurzen Zeiträumen tagt und daß seine Lebensdauer in den meisten Fällen nur eine kurze ist. Seit dem Bestehen der gegenwärtigen Konstitution (sie wurde 1876 ausgearbeitet) hat nur ein Parlament die normale Lebensdauer (fünf Jahre) erlebt. In dem Zeitraum vom Jahre 1910 bis 19. Dezember 1920 wurden in Spanien fünf Parlamente gewählt.
Ein anderes Zeichen für die hier herrschende Mißachtung der Verfassung ist, daß die individuellen Rechte von den spanischen Regierungen, seien sie konservativ oder liberal, wenig geachtet werden. Deshalb kommt es häufig vor, daß der diese Rechte betreffende Teil der Verfassung aufgehoben wird. Um diese Unterdrückung in die Wirklichkeit umzusetzen, bedarf es für die Regierenden in Spanien keiner schwerwiegenden Gründe. Hierzu genügen ihnen einige wenige Arbeitseinstellungen von einiger Bedeutung, oder eine Arbeiterbewegung von gewissem Umfange. Obgleich Spanien nicht an dem fürchterlichen Kampfe teilnahm, der so viele Millionen Menschenleben kostete, genügt er den Regierungen dieses Landes als Vorwand, um die verfassungsmäßigen Garantien aufzuheben. Diese wurden zwar bald nach Beendigung des Krieges wieder hergestellt, aber wir haben sie nur kurze Zeit genossen, denn vor etwa zwei Jahren wurden sie wieder aufgehoben und bleiben es seit dieser Zeit bis heute. Der Grund für die Aufhebung ist die Bewegung, die hauptsächlich durch die Teuerung der Lebensmittel hervorgerufen wurde, eine Bewegung, die an fast allen Plätzen die gleiche war, und die in einigen Hauptstädten bedrohliche Formen zum Schaden der Regierenden annahm.
Auch wenn in Spanien die Verfassung maßgebend ist (dem Namen nach wie gesagt), so verkehren doch die Behörden und ihre Agenten sehr oft ihre Bestimmungen. Gar nicht zu reden davon, was diese tun, sobald die konstitutionellen Garantien aufgehoben sind. Dann werden furchtbare Gewalttaten und Unterdrückungen begangen, und die Opfer dieser Bedrückungen und Gewalttätigkeiten sind nicht Bürger, sondern fast ausschließlich Arbeiter.
Nach dem Gesagten wird es niemanden überraschen, daß es in Spanien keine wirklichen politischen Parteien gibt, sondern nur oligarchische Vereinigungen mit dem einzigen Ziel, zur Macht zu gelangen. Mit Ausnahme der heute durch persönlichen Ehrgeiz und durch Ungeschicklichkeit gespaltenen Republikanischen Partei und der Sozialistischen Partei, die, wenn sie auch nicht sehr zahlreich ist, unaufhörlich Kräfte gewinnt, und eine gute Organisation besitzt, verdienen die übrigen politischen Elemente nicht den Namen von Parteien, obwohl sie sich so nennen.
Die Konservativen sind geteilt in drei Gruppen: eine unter Führung von Dato, die zweite geleitet von Maura und die dritte, befehligt von Cierro. Die beiden letzten Politiker waren es, die 1909 auf Grund des Protestes, den das Abenteuer von Marokko hier hervorrief, eine barbarische Verfolgung gegen die Arbeiter verurteilten, die ihren Höhepunkt in dem Erschießen von verschiedenen Genossen und besonders von Ferrer erreichte, dem man fälschlicherweise die Führung jener Protestbewegung zuschrieb.
Wie das konservative Lager in drei, so ist das liberale Lager in vier Gruppen geteilt. Der Graf von Romanones ist der Führer einer von diesen, Garcia Prieto einer andern; Santiago Alba führt die dritte, und Melquiades Alvarez ist das Haupt der vierten, die sich reformistisch nennt. Diese letzte Gruppe ist aus der republikanischen Partei hervorgegangen und behauptet, um ihren politischen Verrat zu verdecken, daß sie die Monarchie demokratisieren will. Die spanische Monarchie ist gerade die richtige zum Demokratisieren!
Im Grunde kann man versichert sein, daß es keinen Unter-